

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 02.12.2010 um 18.50 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Günther  
Stadtrat Lorenz  
Stadtrat May (ohne Ziffer 3 B)  
Stadtrat E. Müller (ohne Ziffern 3 B und 5 B)  
Stadtrat M. Müller  
Stadträtin Richter  
Stadtrat Schmidt\_

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser  
Stadtrat Rank  
Stadträtin Schwab  
Stadtrat Stiller  
Stadträtin Stocker (ohne Ziffern 6 B und 7)  
Stadtrat Weiglein\_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Heisel  
Stadträtin Glos  
Stadträtin Kahnt  
Stadträtin Mahlmeister

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag  
Bürgermeisterin Regan  
Stadträtin Wachter (bis 19.10 Uhr, Ziffer 2)  
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof  
Stadtrat Steinruck  
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn  
Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm (ohne Ziffer 14 B)  
Stadtrat Schardt

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sickershausen)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger

Oberamtsrat Hartner  
Bauamtsleiter Janner  
Frau Noormann  
Stadtplaner Neumann  
Frau Zauner, Geschäftsführerin NIK (Ziffer 2)  
Herr Hein, Geschäftsführer NIK (Ziffer 2)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Ferenczy  
Stadträtin Dr. Endres-Paul  
Ortssprecher Prenzinger

### Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Oberbürgermeister Müller darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 4.1 „Ersatzneubau der Brücke zur Mondseeinsel; Auftragserweiterung“ und 4.2 „Generalsanierung D. Paul-Eber-Schule; Auftragserweiterung“ aufgrund Klärungsbedarf nicht behandelt werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

1. Bauleitplanung - Aufstellung Bebauungsplan Nr. 91 "Gewerbegebiet GEA Brewery Systems" und 30. Änderung des Flächennutzungsplanes;  
hier: Billigung des Vorentwurfes und frühzeitige Unterrichtung der Träger öffentlicher Belange und sonstigen Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB sowie frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB

**Mit 29 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat billigt den Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 91 „Gewerbegebiet GEA Brewery System“ sowie den Vorentwurf der 30. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich GEA Brewery Systems GmbH jeweils mit Stand vom 15.11.2010.
3. Die Verfahren werden im Parallelverfahren durchgeführt.
4. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind nach § 4 Abs. 1 BauGB frühzeitig zu unterrichten.
5. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit ist nach § 3 Abs. 1 BauGB entsprechend durchzuführen.

2. Natur in Kitzingen 2011;  
hier: Sachstandsinformation

Herr Hein, städtischer Geschäftsführer der Natur in Kitzingen GmbH geht ausführlich auf den derzeitigen Sachstand ein und erklärt, dass die investiven Maßnahmen im Juni 2009 begonnen wurden und zu 95 % abgeschlossen seien. Die Restarbeiten (Wege, Ausstattung, Beleuchtung) werden zu Beginn des Jahres 2011 erledigt. Nach dem derzeitigen Sachstand werden die seitens des Stadtrates festgelegte Kostendeckelung in Höhe von 4,7 Mio. € genau eingehalten. Im Folgenden geht er anhand von Bildern auf die verschiedenen Maßnahmen (Renaturierung Bimbach, Spielplatz, Park am Bleichwasen, Festplatz

usw.) ein. Hinsichtlich des Parkens verweist er auf Gespräche mit allen Beteiligten (Polizei, Rechts- und Ordnungsamt) und dem Ergebnis, dass als Hauptparkplatz Flächen an der alten Marktbreiter Straße zur Verfügung stehen.

Die Busse sollen die Gäste in der Altstadt aussteigen lassen und anschließend stadtauswärts (Konversionsflächen, Großlangheimer Straße) parken können.

Frau Zauner, Geschäftsführerin Natur in Kitzingen GmbH geht ausführlich auf das Veranstaltungsprogramm ein und verweist insbesondere auf die Live-Sendung des Bayerischen Rundfunks, die ca. 1 ½ Stunden dauern werde. Hierfür entstehen der Stadt keine Kosten. Lediglich die logistische Unterstützung (z. B. Bauhof) müsse die Stadt erbringen. Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass die Gästeführer in den nächsten Wochen durch die Volkshochschule geschult werden.

Im Übrigen steige man nun vermehrt in die Werbung ein und sei in den nächsten Wochen auf den entsprechenden Fachmessen vertreten.

Stadtart M. Müller verweist auf die Parkmöglichkeiten und gibt zu Bedenken, dass diese zu gering seien. Er fragt nach, ob auch auf den Konversionsflächen PKW parken und mittels Shuttlebus zum Gartenschau Gelände gebracht werden könnten.

Oberbürgermeister Müller verneint dies und verweist auf die nötige Offenhaltung bzw. Sicherung. Man werde zusätzlich auf den E-Center und die Firma Aldi zugehen, inwiefern bei Bedarf die Parkplätze genutzt werden können.

Stadträtin Wallrapp verweist auf ein Grundstück im Bereich des Bleichwasens und fragt nach, ob dieses ebenfalls - ähnlich der Bestehenden - provisorisch für Parkplätze geschottert werden könnte.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass hierfür im Etat der Natur in Kitzingen keine Mittel zur Verfügung stehen und dies ggf. über den städtischen Haushalt abgewickelt werden müsse, was er zusagt, zu prüfen.

Stadtrat Moser verweist auf den Antrag der CSU, auf das Einsetzen von zusätzlichen Zügen der Deutschen Bahn, um eine geordnete Anfahrt der Gäste der Gartenschau gewährleisten zu können.

Herr Hein stellt dar, dass hierzu in Kürze entsprechende Gespräche mit der Bahn geführt werden.

Diese Informationen werden zur Kenntnis genommen.

### 3. Konversion - Marshall Heights:

hier: Grundsatzbeschluss zur Durchführung eines städtebaulichen Ideen-Wettbewerbes

A. Oberbürgermeister Müller verweist auf die Diskussion in der Finanzausschusssitzung und erkundigt sich nach weiteren Fragen.

2. Bürgermeister Christof gibt zu Bedenken, dass jede Planungsleistung, die die Stadt erbringt, der BIMA in die Hände spielen könnte und weist darauf hin, dass die Stadt kein Eigentümer sei und es nicht klar wäre, wie es mit der Klinik Kitzinger Land weitergehe. Er gibt zu Bedenken, dass trotz umfangreicher Planungsleistungen durch die Stadt Kitzingen, die BIMA an den Meistbietenden verkaufe. Seiner Auffassung nach müssten die Wohnungen erhalten bleiben und umgenutzt werden.

Darüber hinaus sollte man den Bürgern an einem Tag der offenen Tür das Areal zeigen und durch einen Bürgerentscheid den weiteren Verbleib festlegen.

Stadtrat Pauluhn spricht sich ebenfalls für die Bürgerbeteiligung aus und stellt dar, dass man zunächst die Grundsatzentscheidung hinsichtlich des Klinikneubaus abwarten sollte, bevor man in das Verfahren einsteige.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass im Rahmen des Wettbewerbs eine Bürgerbeteiligung stattfindet.

Bauamtsleiter Janner stellt dar, dass alle Beteiligten, der Stadt die Durchführung des Wettbewerbs empfohlen haben und man eine Förderung in Höhe von 80 % (Härtefondsregelung) erhalte. Er weist darauf hin, dass es sich lediglich um die Grundsatzentscheidung handle und die Inhalte seitens des Stadtrates noch festgelegt werden können.

**B. Mit 23 : 3 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat fasst den Grundsatzbeschluss, für das Gebiet der ehem. Marshall Heights einen städtebaulichen Ideen-Wettbewerb einschließlich einer Verfahrensbetreuung durchzuführen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen geeigneten Verfahrensbetreuer vorzuschlagen und die notwendigen Schritte einzuleiten.

4. Haushaltsüberschreitung:

hier: D. Paul-Eber-Schule – HHST. 1.2121.9452, Erweiterung-, Um- und Ausbaumaßnahme

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass dieser Punkt in der Stadtratssitzung am 09.12.2010 im Zusammenhang mit der Behandlung der Auftragsverweigerung beraten und beschlussgefasst wurde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

5. Energiebeschaffung - Stadt Kitzingen:

hier: Stromlieferungsvertrag für die Jahre 2011 -2014

- A. 2. Bürgermeister Christof gibt zu Protokoll, dass er dagegen stimmen werde, da er das Vergabeverfahren für unsauber halte.

**B. Mit 24 : 3 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis damit, der Rahmenvereinbarung „Strom Kommune Plus Öko 2014“ der N-Ergie AG vom 16.09.2010 zunächst für ein Jahr beizutreten.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Rahmenvereinbarung und ggf. die sich hieran anschließenden Verträge mit der N-Ergie AG sowie der LKW GmbH zu unterzeichnen.

## 6. Wirtschaftsförderung: Beitritt zur Logistikkoooperation Metropolregion Nürnberg - Grundsatzbeschluss

A. Frau Noormann geht auf den Sachverhalt ein und bittet, dem Beschlussentwurf zum Beitritt zur Logistikkoooperation der Metropolregion Nürnberg zuzustimmen. Stadtrat Schmidt als Referent für Wirtschaft und Konversion spricht sich ebenfalls dafür aus.

2. Bürgermeister Christof gibt zu Bedenken, ob man mit diesem Beschluss zum Logistikstandort avancieren möchte und weist darauf hin, dass andere Großstädte aufgrund der enormen Flächenversiegelung in diesem Bereich von Logistikern Abstand nehmen. Darüber hinaus gibt er die Mitgliedschaft in der Europäischen Metropolregion zu Bedenken.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Vorteile, die man durch die Mitgliedschaft bei der Metropolregion Nürnberg habe.

Stadtrat Weiglein erklärt, dass das Thema Logistik nicht die erste Priorität haben dürfe, da die Flächenversiegelung enorm sei und nur wenige Arbeitsplätze geschaffen werden.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass man mit der Ansiedlung eines Logistiklers die Möglichkeit hätte, von den enormen Flächen, die die Stadt Kitzingen habe, eine großflächige Umnutzung zu erhalten. Falls attraktivere Angebote kommen sollten, haben diese oberste Priorität.

### **B. Mit 19 : 8 Stimmen**

Der Stadtrat stimmt dem Beitritt der kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Logistikkoooperation Metropolregion Nürnberg“ grundsätzlich zu, vorausgesetzt dass ein frühzeitiger Ausstieg durch geänderte Verhältnisse möglich ist (z. B. bei nicht mehr verfügbaren Flächen innerhalb der fünfjährigen Mitgliedschaft).

## 7. Sportlerehrung 2010

### **Mit 27 : 0 Stimmen**

Mit den Vorschlägen des Stadtverbandes für Leibesübungen für die Sportlerehrung 2010 besteht Einverständnis.

## 8. Änderung des § 17 der Satzung über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen im Altstadtbereich der Stadt Kitzingen

A. Oberrechtsrätin Schmöger verweist auf den Sachvortrag und stellt dar, dass die von den Antragsstellern vorgeschlagene Formulierung nicht übernommen werden könne. Aus diesem Grund habe die Verwaltung eine Formulierung gewählt, die leichter lesbar sei und zu keinen Missverständnissen führen könne. Sie weist besonders darauf hin, dass mit dieser Satzung keine Verhinderungspolitik in Sachen Mobilfunk betrieben werden dürfe. Hiermit regelt man lediglich die Gestaltung der Anlagen.

Stadtrat Pauluhn kritisiert, dass diese Änderung nicht mit den Antragstellern besprochen wurde. Darüber hinaus wurde versäumt, diese Angelegenheit vorab im Arbeitskreis Mobilfunk zu besprechen.

Er erklärt, dass durch die Änderung beispielsweise die Anlage in der Herrnstraße genehmigt werden müsse, nach der alten Formulierung hingegen müsste man sie ablehnen.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über das Vorgehen und den Beschlussvorschlag, worauf Stadträtin Schwab den Antrag auf Schluss der Debatte stellt.

**B. Mit 15 : 13 Stimmen**

Mit dem Antrag auf Schluss der Debatte besteht Einverständnis.

- C. Stadtrat Rank möchte wissen, wann diese Änderung in Kraft trete, worauf Oberrechtsrätin Schmöger darstellt, dass nach der heutigen Beschlussfassung die Satzung beschlossen werden müsse und nach deren Bekanntmachung diese in Kraft trete. Stadtrat Pauluhn stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt abzusetzen und nochmals eine grundsätzliche Diskussion zu führen, wie in der Stadt Kitzingen das Thema „Mobilfunk“ behandelt werden soll. Oberbürgermeister Müller bittet darüber abzustimmen.

**D. Mit 18 : 10 Stimmen**

Mit dem Antrag von Stadtrat Pauluhn auf Absetzung des Tagesordnungspunkts besteht Einverständnis.

**9. Einrichtung einer Sicherheitswacht in der Stadt Kitzingen**

Auf Anregung von 2. Bürgermeister Christof verweist Oberbürgermeister Müller die Beratung und Entscheidung in die Stadtratssitzung am 09.12.2010. Hiermit besteht Einverständnis.

**10. Umschuldung eines Kredites bei der Bayer. Landesbausparkasse München auf die Sparkasse Mainfranken Würzburg**

**Mit 28 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag aus nichtöffentlicher Sitzung wurde Kenntnis genommen.
2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass der Oberbürgermeister der Umschuldung des Bauspardarlehens der Bayer. Landesbausparkasse München auf einen Kommunalkredit bei der Sparkasse Mainfranken Würzburg im Wege der Dringlichkeit zu folgenden Konditionen zugestimmt hat:  
Kreditrest zum 30.11.2010: 165.972,58 €  
Zinssatz 1,94 %  
Monatliche Annuität 4.601,63 €  
Laufzeit 30.01.2014
3. Die Haushaltsüberschreitung in Höhe von 165.972,58 € zur außerordentlichen Tilgung des Bauspardarlehens wird genehmigt.  
Die Deckung erfolgt durch die Einnahme aus der Umschuldung.

11. Budgetübertrag 2009:  
Heimat- und Kulturpflege - UA 3400

**Mit 28 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Das negative Ergebnis beim Budget „Heimat- und Kulturpflege“ UA 3400 in Höhe von 21.675,00 € wird nicht in das Haushaltsjahr 2010 übertragen.

12. Budgetübertrag 2009:  
hier: Sonstige Öffentliche Einrichtungen  
UA 7600 - Herberge/Radlernerst  
UA 7690 - Bürgerzentrum  
UA 7691 - Uhren/Anschlagtafeln  
UA 7692 - Rathaushalle  
UA 7693 - Sickerhalle

**Mit 28 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Das negative Ergebnis beim Budget „Sonstige Öffentliche Einrichtungen“ in Höhe von 19.300,00 € wird nicht in das Haushaltsjahr 2010 übertragen.

13. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2009

**Ohne Abstimmung**

Die Abrechnung des Budgets Musikschule – UA 3331 – von 329.670 € für das Haushaltsjahr 2009 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 11.937,65 € ab.

Der Überschuss wird zu 70 %, d. h. in Höhe von 8.356,00 €, in das Haushaltsjahr 2010 übertragen.

14. Jugendsozialarbeit an Schulen:  
Einrichtung an der St.-Hedwig-Grundschule Kitzingen

A. Oberbürgermeister Müller geht auf den Sachvortrag ein und bittet um Zustimmung. Stadtrat Heisel gibt zu Protokoll, dass er gegen den Beschlussentwurf stimmen werde. Im Grunde spricht er sich für den Jugendsozialarbeiter aus, jedoch sehe er dies als eine originäre Aufgabe des Freistaates.

**B. Mit 23 : 4 Stimmen**

1. Die Stadt Kitzingen bestätigt den Bedarf an Jugendsozialarbeit an der St.-Hedwig-Grundschule Kitzingen aufgrund des hohen Migrationsanteils bei der Schülerschaft.
2. Vorbehaltlich der projektbezogenen Förderung durch den Freistaat Bayern beteiligt sich die Stadt Kitzingen mit 50 % an den nach Abzug der staatlichen Förder-

gelder verbleiben-den Kosten für eine halbe Stelle mit Beginn des Schuljahres 2011/12, befristet für die Dauer von drei Jahren.

Diese 0,5 Stelle – befristet auf drei Jahre – wird im Stellenplan des Landkreises Kitzingen geschaffen.

Die Stadt Kitzingen trägt die Bürokosten innerhalb der Räumlichkeiten der St.-Hedwig-Grundschule Kitzingen.

Die Stadt Kitzingen gewährt einen Sachkostenzuschuss von 650 € pro Haushaltsjahr  
(analog der Ganztags –JaS-Stelle mit 1.300 €).

15. Bitte von Stadträtin Wallrapp

Verlängerung der nichtöffentlichen Sitzung am 09.12.2010

Stadträtin Wallrapp bittet mit Blick auf die Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung am 09.12.2010 die Sitzung eine Stunde länger als sonst anzusetzen.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu und weist darauf hin, dass die öffentliche Sitzung erst um 19.00 Uhr beginne.

16. Bitte von Stadtrat Pauluhn

Einladung der Fachplaner für die Mondseeinsel und die D. Paul-Eber-Schule

Stadtrat Pauluhn bittet, für eine ordnungsgemäße Behandlung der Punkte „Mondseeinsel“ und „D. Paul-Eber-Schule“ am 09.12.2011, die entsprechenden Fachplaner einzuladen.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

**Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21.00 Uhr.**

Oberbürgermeister

Protokollführer